



Protokoll der 33. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. Dezember 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Ambühl Georg (SVP), Imsand Bruno (FDP), Meschberger Dominique (SP) und Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP)

Stadträtin Marie-Theres Beeler

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

- ://: Der Rat beschliesst einstimmig die Absetzung der Interpellation Nr. 2019/171 «Velostege Oristal» von der Traktandenliste.* 2019/171
- ://: Die Dringlichkeit der Interpellation «Buslinie 83, Wasserturmplatz» wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen abgelehnt.* 2019/173
1. Budget und Jahresprogramm 2020 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK)
://: Das Budget 2020 wird einstimmig genehmigt. 2019/161
2019/161a-c
 2. Bereich Bildung und Sport - Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung Bereich Bildung/Sport
://: Vom GPK-Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen. 2019/172
 3. Jugendparlament - Bericht Stadtrat zu Postulat «Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen» von Anna Ott der Grünen Fraktion, Diego Stoll der SP-Fraktion, Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Beat Gränicher der SVP-Fraktion
://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen.
://: Das Postulat wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben. 2015/171
2015/171a
 4. Bödenversiegelung - Motion «Gegen Versiegelung und Geröllhalden in unseren Gärten» von Stefan Fraefel, Vreni Wunderlin und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Pascale Meschberger der SP-Fraktion
://: Die Motion wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen. 2019/167
 5. Zufahrtsbewilligung Stedtli - Interpellation «Zufahrtsbewilligung Stedtli: Liestal schludert - und vertuscht?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagt wegen Zeitmangel. 2019/168
2019/168a

6. Bahnhofumbau-Informationen - Interpellation «Zeitnahe Weitergabe von Informationen verkehrstechnischer Änderungen während Bahnhofumbau an die Öffentlichkeit» von Markus Rudin der SVP-Fraktion
Vertagt wegen Zeitmangel. 2019/169
7. Büchelistrasse - Postulat «Schliessung der Büchelistrasse für den motorisierten Verkehr» von Pascale Meschberger und Patrick Mägli der SP-Fraktion
Vertagt wegen Zeitmangel. 2019/170
8. Velostege Oristal - Interpellation «Liestals neue Velostege: Gut, aber mehr Platz nötig» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagt wegen Abwesenheit der Interpellantin. 2019/171

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Ratssitzung im Kalenderjahr 2019.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro wird folgende Mitteilung gemacht:

- An der heutigen Sitzung darf Albert Siegwart (GL) als neues Ratsmitglied begrüsst werden. Natalie Oberholzer (GL) stellt den neuen Fraktionskollegen kurz vor: Er ist in der Ostschweiz geboren und auf einem Bauernhof aufgewachsen. Er hat Chemielaborant gelernt und hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf Gebäudeschadstoffe spezialisiert. Ferner hat er sich als Radonfachmann, als Energieberater und in der Bauphysik weitergebildet. Er war zuerst bei einer renommierten Firma in Basel tätig und seit ein paar Jahren führt er nun sein eigenes Unternehmen hier in Liestal. Arbeiten und wohnen am gleichen Ort ist ihm sehr wichtig. Er wohnt seit 2000 zusammen mit seiner Ehefrau und den drei fast erwachsenen Söhnen in Liestal. Er ist Mitglied im SRC und beim Verband für Gebäudeschadstoffe. Er ist in seiner Freizeit oft mit dem Mountainbike unterwegs und seit ein paar Jahren versucht er sich auch beim Alphornspiel.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlage Nr. 2019/161c, Budget-Anträge
- Vorlage Nr. 2019/168a, Bericht Stadtrat zu Interpellation
- Vorlagen Nr. 2019/173 - Nr. 2019/176 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Buslinie 83 – Dringliche Interpellation «Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!» von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2019/173)
- Toiletten in Liestal – Postulat «Bereitstellen von öffentlichen Toiletten in Liestal» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2019/174)
- Recyclingstationen Bahnhof – Interpellation betreffend Recyclingstationen am Bahnhof von Loris Jeitziner der SP-Fraktion (Nr. 2019/175)
- Gemeinde-App Liestal – Postulat «Gemeinde-App Liestal» von Fabian Eisenring der SP-Fraktion (Nr. 2019/176)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Pusterla Reto (FDP, Büro-Ersatzmitglied) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Quensel Marianne (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass man an der heutigen Einwohnerrats-sitzung unseren Stadtkarikaturisten sowie Gästebuchzeichner Max Braun kurz ehren und ver-abschieden möchte. Dieser regelmässig als Gast auf der Tribüne an den Ratssitzungen prä-sent und hatte in den letzten 32 Jahren über 300 Zeichnungen für das Städte-Gästebuch ge-macht. Für diesen langjährigen Einsatz möchte man ihm den besten Dank aussprechen und ihm den goldenen Pinsel durch eine stadträtliche Delegation überreichen.

Traktandenliste

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass das Büro auf Wunsch der Interpellantin den Antrag stellt, dass der neue Vorstoss bzw. die *Interpellation «Velostege Oristal»* (Nr. 2019/171) von der Traktandenliste abgesetzt wird, da sich die Interpellantin für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Interpellation «Velostege Oristal» (Nr. 2019/171) wird einstimmig von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 29. Januar 2020 neu traktandiert.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erklärt, dass die *dringliche Interpellation «Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!»* von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2019/173) den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail zur Kenntnis gebracht und heute als Tischpapier verteilt wurde.

Dieser neue Vorstoss würde gemäss § 47 des Geschäftsreglementes sofort behandelt, sollten 2/3 der anwesenden Mitglieder dies beschliessen.

Im Zusammenhang mit der Traktandenlisten-Bereinigung steht nun die Dringlichkeit des Vorstosses zur Debatte.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) begründet als Interpellant die Dringlichkeit des Vorstosses damit, dass der neue Busfahrplan bereits seit letztem Sonntag in Kraft ist. Es ist höchste Zeit, den Leistungsabbau zum Ärger vieler Busbenützer wieder rückgängig machen zu können. Auch er hatte leider nicht früher Kenntnis davon, dass der 83er-Bus ab 15. Dezember nicht mehr auf dem Wasserturmplatz halten wird. Es ist ihm niemand bekannt, welcher die neue Buslinienroute gut findet. Die neue Streckenführung ist eine massive Verschlechterung und diese muss raschmöglichst korrigiert werden. Bei den Busbenützern handelt es sich grossmehrheitlich um Liestaler-Einwohner und deshalb bittet er die Dringlichkeit seines Vorstosses zu unterstützen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Fahrplanänderungen ab Dezember bereits seit März bekannt sind und diesbezüglich auch eine Mitwirkung möglich war. Die neue Buslinie 83 hat nicht nur Nachteile, sondern beispielsweise auch Vorteile für Busbenützer aus Arisdorf, da diese einen Anschluss in Richtung Zürich haben und nicht mehr eine halbe Stunde auf dem Bahnhof Liestal warten müssen, was nur mit einer kürzeren Fahrzeit und eine Änderung der Buslinie möglich war.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass das vorgängige Votum von einem Einzelredner und nicht vom Fraktionssprecher der Mittefraktion war.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) äussert sich als CVP/EVP/GLP-Fraktionssprecherin zur Dringlichkeit des Vorstosses und hält fest, dass sich ihre Fraktion bezüglich der Dringlichkeit des Vorstosses nicht einig ist.

Daniela Reichenstein (FDP) hält fest, dass die Stadt nicht Bestellerin des 83er-Bus ist und somit hat sie auch nicht den Einfluss in dem Umfang, wie es einzelne Ratsmitglieder meinen. Die Dringlichkeit wird von der FDP-Fraktion nicht unterstützt.

Patrick Mägli (SP) orientiert, auch seine Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass der Vorstoss nicht dringlich an der heutigen Sitzung zu behandeln ist. Das Mitwirkungsverfahren wurde längst durchgeführt und die neuen Fahrpläne auch schon seit längerer Zeit bekannt.

Beat Gränicher (SVP) bekundet Mühe damit, dass einige Ratsmitglieder den neuen Vorstoss betreffend der Buslinie 83 nicht unterstützen, sich aber noch vor kurzer Zeit für die Ortsbus-Einführung stark gemacht hatten, von welchem wesentlich weniger Einwohner profitieren könnten, als dies beim 83er-Bus der Fall ist.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass der Vorstoss rein emotional schon dringlich ist, rational gesehen wiederum nicht, da eine Fahrplanänderung kurzfristig nicht möglich ist. Bei einer Ablehnung der Dringlichkeit hätte der Stadtrat noch genügend Zeit für weitere Abklärungen bis zur nächsten Sitzung. Für die Schüler vom Schulhaus Burg bringt die Fahrplanänderung diverse Nachteile mit sich, doch vielleicht kann das Problem durch die Schule mit geringfügigen Stundenplananpassungen gelöst werden.

Michael Durrer (GL) fühlte sich beim Votum des SVP-Fraktionssprechers angesprochen und stellt fest, dass er sich vorgängig noch gar nicht zur Dringlichkeit geäussert hatte. Nunmehr kann er darüber informieren, dass diesbezüglich seine Fraktion die Stimmfreigabe beschlossen hatte.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) findet als Interpellant, dass weitere Abklärungen kaum nötig sind. Der Leistungsabbau kann wohl kaum rückgängig gemacht werden und es sollte doch möglich sein, dass der Stadtrat am heutigen Abend seine Fragen kompetent beantworten kann.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass sich der Stadtrat zur Dringlichkeit des Vorstosses nicht äussern möchten und aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2019/173 «Der 83er Bus hält nicht mehr auf dem Wasserturmplatz!» wird mit 16 Ja-Stimmen 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Rat abgelehnt.

272 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Budget und Jahresprogramm 2020 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2019/161)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

1. Eintreten

2. FIKO-Bericht (Nr. 2019/161a)

Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident

3. BPK-Bericht (Nr. 2019/161b)

Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Ergänzungen Stadtrat

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

(keine Stellungnahmen zu Anträgen)

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

(keine Stellungnahmen zu Anträgen)

7. Anträge

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht bestritten wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2019/161a)

Fabian Eisenring (SP) hält die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2019/161a fest: Die Kommission hatte sich mit dem Teuerungsausgleich, den Steuererträgen sowie dem Engelsaal als Themenschwerpunkte befasst. Im Budget 2020 wird ein Aufwandüberschuss von TCHF 1'937 und eine Selbstfinanzierung von TCHF 932 ausgewiesen. Die Nettoinvestitionen von TCHF 5'615 können mit einem Anteil von 17 % selbst finanziert werden. Die Hauptursache des Aufwandüberschusses ist mehrheitlich auf die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform SV17 zurückzuführen, beläuft sich doch der Ertragseinbruch auf TCHF 2'400. Die finanzielle Nachhaltigkeit bedingt eine restriktive Ausgabenpolitik in den nächsten Jahren. Hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit sind verschiedene Budget-Positionen enthalten, mit welchen ein Klimaschutzanteil geleistet wird. Erfreut hat die FIKO davon Kenntnis genommen, dass man bei den natürlichen Personen mit höheren Steuererträgen rechnen darf. Betreffend dem Teuerungsausgleich verfolgt der Stadtrat nach wie vor den Grundsatz,

dass man der Lohnpolitik des Kantons folgen wird und dieser hatte ja einen Teuerungsausgleich von 0,5 % beschlossen. Sollte der Einwohnerrat ebenfalls einen Teuerungsausgleich in dieser Grössenordnung beschliessen, so würde sich der Mehraufwand auf TCHF 115 belaufen. Im Zusammenhang mit den Steuererträgen begrüsst es die FIKO, dass eine ausgeglichene Verteilung der Steuerzahlenden zu erkennen ist und man so wenig von einzelnen guten Steuerzahlern abhängig ist. Der FIKO ist es wichtig, dass im Zusammenhang mit dem Engelsaal die Handlungsfähigkeit des Stadtrates gewährleistet bleibt und es wird begrüsst, dass der Einwohnerrat mit einer Sondervorlage eingebunden wird. Deshalb beantragt die FIKO auch, dass einer stadträtlichen Vorlage und nicht dem Budget-Antrag der Mittefraktion der Vorzug gegeben wird. Die sieben FIKO-Anträge sind auf Seite 5 des Kommissionsberichtes formuliert. Speziell wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Kapitalsteuersatz der juristischen Personen neu vom Kanton festgelegt wird, was im zweiten Antrag erwähnt wird. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird der beste Dank im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Vorberatung des Budget 2020 ausgesprochen.

3. BPK-Bericht (Nr. 2019/161b)

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2019/161b und erklärt, dass sich die BPK primär auf die Investitionen unter TCHF 300 fokussiert, da diese mit der Budget-Genehmigung automatisch auch beschlossen werden. Auch in der BPK gab der Engelsaal am meisten zu diskutieren. Schlussendlich wurde mit 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung der BPK-Antrag formuliert, dass der Budgetkredit auf TCH 30 reduziert werden soll. Mit diesem Betrag könnte dann in einer ersten Phase die Ausschreibung für ein Betriebskonzept sowie weitere Abklärungen betreffend nötigen baulichen Massnahmen finanziert werden, damit dem Rat in einer zweiten Phase eine Sondervorlage vorgelegt werden könnte. Auf die weiteren Schwerpunktthemen möchte er an dieser Stelle nicht eingehen und lediglich noch auf die Vernetzung der Wasserregion gemäss Seite 39 der stadträtlichen Vorlage speziell hinweisen und festhalten, dass die BPK die Wasserleitungs-Erneuerung Helgenweid ebenfalls unterstützt. Im Fazit wird festgehalten, dass im 2020 die geplanten Investitionen nochmals tiefer als im 2019 ausfallen werden und diese schwergewichtig im Tiefbau sowie bei den Schulbauten getätigt werden.

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass für die Förderung und den Erhalt der hohen Lebensqualität in Liestal auch die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Stadtrat hat die verschiedenen Säulen der Nachhaltigkeit betrachtet und beurteilt, was angesichts des eng geschnallten Gürtels doch noch gemacht werden kann. Die finanziellen Mittel wurden insbesondere wegen den unzumutbaren hohen Belastungen im Bereich Sozialhilfe und auch Bildung stark eingeschränkt, belaufen sich diese Ausgaben bereits auf 46 Mio. Franken. Mit der Annahme der Steuervorlage 17 werden die Einnahmen um rund 2 Mio. Franken tiefer sein. Dieser Ausgleich soll dann mit dem Finanzausgleich wettgemacht werden. Erfreulich sind hingegen die zusätzlichen Steuererträge bei den natürlichen Personen, doch handelt es sich bei diesen Zahlen um Schätzungen für das nächste Jahr, basierend auf den Zahlen und Empfehlungen des Kantons. Die Stadt Liestal möchte weiterhin eine gute Arbeitgeberin sein und unterstützt den Antrag für einen Teuerungsausgleich von 0,5 % analog der kantonalen Regelung. Gemäss Bericht und Antrag der FIKO ist es richtig, dass der Kapitalsteuersatz der juristischen Personen neu vom Kanton und nicht mehr vom Einwohnerrat festzulegen ist.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Pascale Meschberger (SP) spricht dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des sorgfältigen und transparenten Budget 2020 ein Lob aus. Die Verschuldung von Liestal liegt im Mittel, was zwar nicht toll ist, doch immerhin kann das Geld im Moment günstig bezogen werden. Es ist erkennbar, dass der Stadtrat aus dem kleinen Spielraum das Bestmögliche herausholen möchte. Die Konsequenzen der Steuervorlage sind doch recht massiv, müssen aber nun halt einfach akzeptiert werden. Warnen möchte sie davor, dass man Investitionen zu lange hinausschiebt, denn dies sind halt schon einfach versteckte Schulden. Erfreut hat man auch zur Kenntnis davon genommen, dass diverse Beträge für die Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeit geplant und eingestellt wurden. Für die Investition in das Parkleitsystem wurde ein grösserer Betrag veranschlagt, doch dieser ist wohl nötig und sinnvoll. Auch werden die stadträtlichen Bemühungen für die Erhöhung der Einnahmenseite mittels Attraktivitätssteigerung geschätzt und diese sollten vom Einwohnerrat bei den Forderungen des Stadtrates beim Kanton auch bestmöglichst unterstützt werden. Auch sollten Landkäufe für eine spätere Nutzung für Genossenschaftsbauten usw. getätigt werden, wann immer dies möglich sein sollte. Der Beizug von externen Beratern für die Dossier-Abarbeitung im Sozialhilfebereich wird ebenfalls befürwortet, da sich die finanziellen Investitionen schlussendlich wohl mehr als bezahlt machen werden. Nach der ganzen Bautätigkeit in den letzten Jahren sollte künftig vermehrt auch die Lebensqualität in Liestal gefördert werden, denn es sind andere Gründe und nicht Steuervorteile, die Liestal für Neuzuzüger attraktiv machen.

Dominic Odermatt (FDP) führt aus, dass man mit einem Aufwandüberschuss von 2 Mio. Franken kaum zufrieden sein kann. Auch der Selbstfinanzierungsgrad und die Schuldenhöhe von beinahe 50 Mio. Franken ist unbefriedigend. Die Gründe dafür sind aber erklärbar und der Handlungsspielraum des Stadtrates sehr gering. In den verschiedenen Kommissionsberatungen konnte man aber feststellen, dass der Stadtrat alles Mögliche zur Verbesserung der Situation bzw. finanziellen Nachhaltigkeit unternimmt und diesem der nicht einfache Balanceakt im Zusammenhang mit dem Budget 2020 gut gelungen ist.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) ist ebenfalls der Meinung, dass die Ausarbeitung des Budget 2020 sicher eine grosse Herausforderung für den Stadtrat und die Verwaltung war. Sicher sind bereits verschiedene Entscheide gefällt worden, die nicht durchwegs mit Freude aufgenommen wurden. Der Aufwandüberschuss und der Selbstfinanzierungsgrad hatte sich abgezeichnet und waren keine wirklich grosse Überraschung. Die Fremdverschuldung wird auf beinahe 50 Mio. Franken anwachsen und die grösseren Kostenfaktoren sind auch bekannt. Der Einwohnerrat und verschiedene politische Vorstösse tragen teilweise auch noch zum Kostenanstieg bei und der Rat müsste sich im Zusammenhang mit seinen Begehrlichkeiten doch jeweils fragen, wie diese finanziert werden sollen. Feststellen muss man zudem, dass die externen Beratungshonorare wiederum stark zunehmen, obwohl die Stadt qualitativ sehr gute Mitarbeitende beschäftigt. Und so sollte man eigentlich davon ausgehen können, dass solche Arbeiten auch mit eigenen Ressourcen selbst bewältigt werden können. Der Bevölkerungsbestand von Liestal nimmt zu und so kommen nicht nur zusätzliche Steuerzahler, sondern auch vermehrt Leistungsbezüger nach Liestal. Betreffend dem Teuerungsausgleich möchte man doch darauf hinweisen, dass es bisher nicht üblich war, einen Teuerungsausgleich von weniger als 0,7 % auszugleichen. Der vom Kanton bereits beschlossene Teuerungsausgleich von 0,5 % ab 1.1.2020 ist möglich gewesen und zustande gekommen, weil die Kantonsfinanzen wieder in den positiven Bereich gerückt sind. Diese Entwicklung trifft bei der Stadt Liestal nicht zu und dennoch soll die Teuerungszulage analog der kantonalen Regelung bezahlt werden. Gemäss FIKO-Auftrag wird sich die BDO-Treuhandfirma mit der Prüfung und Revision unserer Rechnung befassen und gemäss erstem Zwischenbericht sind noch einige Optimierungen möglich. Die SVP-Fraktion erfreuen die tiefen Zahlen des Budget 2020 auch nicht, doch wird man den FIKO-Anträgen mit wenig Begeisterung zustimmen.

Benjamin Holinger (GL) dankt namens seiner Fraktion ebenfalls für das gut leserliche und nachvollziehbare Budget 2020. Im Zusammenhang mit der politischen Würdigung des Budget 2020 sind wir doch einigermassen antivalent, was er in der Vorweihnachtszeit bildlich darstellen möchte: In diesem Bild kommt in einem Stall ein Engel vor und auch heute ist dieser Name bereits mehrmals im Rat erwähnt worden. Auch eine Krippe und ein Esel ist erkennbar und der Esel könnte ja auch als SV17 bezeichnet werden. Dieser frisst Stroh aus der Krippe und scheisst dennoch kein Gold, deshalb sind die drei Könige ganz bestimmt nicht wegen dem Esel in den Stall gekommen. Dieses Bild verhält so nicht und deshalb möchte er mit einem ernsthafteren Bild die Antivalenz zum Budget herstellen: Die drei Säulen der Nachhaltigkeit sind schon mehrmals erwähnt worden und so stelle man sich ein Haus vor, in welchem wir und unsere künftigen Generationen leben möchten. Dieses steht auf dem Fundament der Gesellschaft, welche im vergangenen Jahr starke Signale für einen Wandel sowie notwendige Veränderungen ausgestrahlt hatte, weshalb im Budget 2020 auch der Klimaschutz mehrmals erwähnt wird. Im Zusammenhang mit der ökologischen Nachhaltigkeitssäule sind diverse Budgetbeträge zur Umsetzung von diversen Vorstössen eingestellt worden. Bei der sozialen Nachhaltigkeitssäule sind finanzielle Mittel im Bildungsbereich für den Schulraum eingestellt worden. Die Qualität im Bildungsbereich muss qualitativ gut bleiben, das Thema Klassengrösse wird wohl wieder einmal auftauchen, der demografische Wandel wird vor Liestal auch nicht Halt machen und wir haben insbesondere mit dem Kanton einen Partner, welcher es meisterlich versteht, seine Kosten abzuwälzen. Im Sozialhilfebereich sind die Kosten einigermassen stabil und doch müssen wir aufpassen, dass diese Säule nicht zu wackeln beginnt. Und im Zusammenhang mit der finanziellen Säule ist es halt nicht verständlich, dass man bei solch grossen Herausforderungen im Finanzbereich beispielsweise mit einer Steuerreform fundamentale Steine aus dieser Säule herausbrechen kann. Die Bürgergemeinde Liestal wird länger und mehr zu einer Immobiliengemeinde und ihr wird von der Stadt Liestal jährlich der Betrag von einer halben Million Franken überwiesen. Der Kanton hat im Zusammenhang mit der Steuerreform in Aussicht gestellt, dass neue und zusätzliche Betriebe in unseren Kanton zuziehen werden und es somit wieder zu einem finanziellen Ausgleich kommen wird. Der Kanton sollte nun in die Pflicht genommen und auch daran erinnert werden, dass dieser nun seine ungenutzten Grundstücke umzont und für die Ansiedlung neuer Firmen zur Verfügung stellt. Die dargestellte Antivalenz soll nicht ein negatives Bild sein, sondern die Herausforderung darstellen, dass wir die drei Nachhaltigkeitssäulen gleich stark bearbeiten müssen. Die Grüne Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) betont, dass man bei der Budget-Beratung gemerkt habe, wie schwierig es ist, sparen oder Mehrerträge generieren zu können. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrates, das Budget zu durchleuchten und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Und so möchte er anregen, dass man doch vielleicht auch der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit die gebührende Beachtung schenkt. Mögliche Folgen dürften wohl kaum einen direkten Einfluss auf eine bestimmte Zahl im Budget, aber doch auf die Denkhaltung haben. Die Mittefraktion wird fast allen Anträgen zustimmen und zum Einzelantrag seiner Fraktion wird man sich anschliessend noch äussern.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelredner zum Budget 2020 äussern möchten.

7. Anträge

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass er nun über die Anträge der FIKO gemäss Vorlage Nr. 2019/161a und BPK gemäss Vorlage Nr. 2019/16b sowie über die Einzelanträge gemäss § 50 ER-Geschäftsreglement gemäss Vorlage Nr. 2019/161c bei den jeweiligen Stadtratsanträgen gemäss Seiten 11 – 13 der Vorlage Nr. 2019/161 abstimmen lässt.

Gemäss heutiger E-Mail des Ratsschreibers zieht Ratsmitglied Bernhard Bonjour (SP) seinen Antrag gemäss ER-Vorlage Nr. 2019/161c zurück.

Bernhard Bonjour (SP) bestätigt, dass er seinen Budget-Antrag „Stiftung K'Werk Baselland“ zurückziehe. Bei den Diskussionen im Vorfeld der heutigen Sitzung hatte er doch gemerkt, dass sein Antrag wohl doch das falsche Mittel zur Zielerreichung ist. Er hält aber an der Idee fest und wird nächstes Jahr diesbezüglich einen Vorstoss einreichen.

Jahresprogramm 2020

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 1. Antrag des Stadtrates und auch 1. Antrag der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2020 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Steuerfuss, Steuersätze und Feuerwehersatzabgaben 2020

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erklärt, dass der Einwohnerrat entgegen dem 2. Antrag des Stadtrates den Steuersatz für die Kapitalsteuer der Juristischen Personen nicht zu beschliessen hat.

Gemäss 2. Antrag der FIKO sind vom Einwohnerrat der Steuerfuss für die die Einkommens- und Vermögenssteuern der Natürlichen Personen von 65 % der Staatssteuer, der Steuersatz von 5 % des steuerbaren Ertrages sowie die Feuerwehersatzabgaben von 0,4 % gemäss den stadträtlichen Anträgen auf Seite 11 der ER-Vorlage Nr. 2019/161 zu beschliessen.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zu diesem Antrag gestellt werden.

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben 2020 werden gemäss Antrag der FIKO einstimmig beschliessen.

Gebühren

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 3. Antrag des Stadtrates sowie 3. Antrag der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird von den im Jahre 2020 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrriechtsackgebühr sowie Hundehaltung Kenntnis genommen.

Teuerungsausgleich

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend dem 4. Antrag des Stadtrates sowie 4. Antrag der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates und der FIKO wird einstimmig zugestimmt und der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals der Stadt Liestal auf 0,5 % festgelegt.

Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) hält fest, dass nach dem Rückzug des Budget-Antrages von Bernhard Bonjour (SP) betreffend einem Beitrag von CHF 15'000.-- an die Stiftung K'Werk Baselland im Zusammenhang mit der Erfolgsrechnung nun über den stadträtlichen Antrag abzustimmen ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt einen Ordnungsantrag betreffend dem weiteren Vorgehen und den bevorstehenden Abstimmungen. Über die Erfolgsrechnung kann erst abgestimmt werden, wenn der Rat vorgängig die Entscheide betreffend den Einzelanträgen der FIKO und BPK sowie der CVP/EVP/GLP-Fraktion gefällt hat. Die drei vorliegenden Anträge betreffend dem Engelsaal sind auszumehren und der obsiegende Antrag ist gemäss Geschäftsreglement dem Antrag des Stadtrates gegenüber gestellt werden.

Er informiert darüber, dass er den CVP/EVP/GLP-Antrag gemäss § 50 Geschäftsreglement bzw. ER-Vorlage Nr. 2019/161c betreffend dem Engelsaal zu Gunsten des BPK-Antrages zurückziehe.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) führt aus, dass er davon ausgegangen war, dass der Engelsaal nichts mit der Erfolgsrechnung zu tun hat. Es ist aber wohl doch einfacher, wenn man die Anträge im Zusammenhang mit dem Engelsaal vorziehen würde und erst dann über die Erfolgsrechnung abstimmt.

Die Ratsmitglieder möchten sich nun zu den Anträgen der FIKO und der BPK betreffend dem Engelsaal äussern.

Benjamin Holinger (GL) bemerkt, dass sich seine Fraktion nicht für den einen oder den anderen Antrag entscheiden wird. Denn wichtig ist seiner Fraktion die stadträtliche Zusicherung, dass der Einwohnerrat so oder so über die Umsetzungsmassnahmen beim Engelsaal zur gegebenen Zeit noch beraten und beschliessen kann, wie es von der FIKO vorgeschlagen wird.

Dominic Odermatt (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Die FDP-Fraktion wird eher dem BPK-Antrag den Vorzug geben.

Pascale Meschberger (SP) orientiert, auch ihre Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den BPK-Antrag.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) legt dar, auch die Mittefraktion wird den BPK-Antrag klar unterstützen. Und der Stadtrat darf dann auch den bewilligten Budget-Kredit ausgeben. Nach den nächstjährigen Wahlen kann es durchaus sein, dass die personelle Zusammensetzung des Stadtrates anders sein wird und dieser dürfte dann beispielsweise theoretisch auch über einen bewilligten Budgetbetrag von CHF 290'000.-- verfügen, ohne dass er dem Rat nochmals eine Sondervorlage unterbreiten müsste.

Beat Gränicher (SVP) meint, mit dem Engelsaal müsse doch etwas gehen und dem Stadtrat müssten zumindest die finanziellen Mittel für die weiteren Abklärungen bewilligt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den FIKO-Antrag.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) hofft doch, dass dem Einwohnerrat vom Stadtrat doch bald eine Sondervorlage betreffend dem Engelsaal vorgelegt wird, wie dies vom Stadtpräsidenten versprochen wurde. Der Saal ist mit viel Steuergeldern von Liestal realisiert worden und kann nun heute nicht mehr genutzt werden.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf die Ausführungen im BPK-Bericht betreffend dem Engelsaal und hält nochmals die wichtigsten Überlegungen sowie Abstimmungsergebnisse in der Kommission fest. Für die Konzeptarbeit sowie Ausschaffung der ER-Vorlage betreffend einem Investitionskredit sollte der von der BPK beantragte Kredit von CHF 30'000.— genügen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler freut es, dass der Antrag von der Mittefraktion zurückgezogen wurde. Vom Stadtrat und der Verwaltung wurden bereits Abklärungen bezüglich der künftigen Saal-Nutzung im Hotel Engel getroffen. Die Investitionen im Gastrobereich dürften wohl schon bald einmal über TCHF 300 liegen und somit wäre sowieso eine Sondervorlage an den Einwohnerrat nötig.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren betreffend den Engelsaal-Anträgen angemeldet.

://: Der FIKO-Antrag, dass für die Engesaal-Investition von CHF 290'000.-- dem Rat eine Sondervorlage zu unterbreiten ist, wird mit 11 Ja-Stimmen unterstützt.

Dem BPK-Antrag für einen Budget-Betrag von CHF 30'000.-- stimmen 24 Ratsmitglieder zu.

1 Ratsmitglied enthält sich der Stimme.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) informiert darüber, dass er nun über die Anträge des Stadtrates und der BPK abstimmen lässt.

Er kann feststellen, dass diesbezüglich keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag für einen Budget-Betrag von CHF 290'000.-- stimmen 3 Ratsmitglieder zu.

://: Der BPK-Antrag für einen Budget-Betrag von CHF 30'000.-- wird grossmehrheitlich von 32 Ratsmitgliedern unterstützt.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) erklärt, dass sich bei der Erfolgsrechnung der Aufwandüberschuss auf CHF 1'937'000.-- beläuft.

Zu diesem Ergebnis kommt noch der zusätzliche Aufwand für den beschlossenen Teuerungsausgleich von 0,5 Prozent für die Besoldung des Verwaltungspersonales hinzu.

://: Die Erfolgsrechnung 2020 wird gemäss stadträtlichem Antrag mit Berücksichtigung des vorgängigen Entscheides betreffend dem Teuerungsausgleich einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) bemerkt, dass er nun das Budget 2020 in der Schlussabstimmung beschliessen lässt.

Markus Rudin (SVP) meint, dass das Budget 2020 mit den heutigen Entscheiden finanzielle Änderungen erfahren hat.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass der Aufwandüberschuss bei der Erfolgsrechnung mit den finanziellen Folgen des beschlossenen Teuerungsausgleichs und dem Engelsaal-Kredit noch grösser wird und die Investitionsrechnung mit dem Wegfall der Engelsaal-Investition um TCH 290 besser ist.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2020 mit den heute beschlossenen Änderungen einstimmig genehmigt.

273 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Bereich Bildung und Sport – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung Bereich Bildung/Sport (Nr. 2019/172)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass vom Rat das Eintreten nicht bestritten wird.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt als GPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2019/172 vor: Ein Sprichwort sagt «Gut Ding will Weile haben» und dies trifft beim vorliegenden Geschäft wohl ebenfalls zu, denn die GPK hatte sich während fast eines Jahres mit dem Bereich Bildung und Sport beschäftigt. Der Bereich Bildung ist sehr komplex und es sind verschiedene Behörden sowie Abteilungen involviert. Nach einer ersten Auslegeordnung ist die GPK umfassend dokumentiert und informiert worden. Anschliessend hatten verschiedene Befragungen bei der Lehrerschaft, Schulleitung, Schulsekretariat, Hauswart, Schulrat usw. stattgefunden. Der umfangreiche Fragenkatalog der GPK ist von der Schulleitung beantwortet worden. Verschiedene Details und Ausführungen können dem Kommissionsbericht entnommen werden. Angesichts der vielen Beteiligten ist es doch recht schwer, immer alle zufrieden stellen zu können. Und immer wieder musste man zur Kenntnis nehmen, dass die Entfaltungsmöglichkeiten der Gemeinden im Zusammenhang mit den baulichen Belangen, dem Schulunterricht und auch den Finanzen sehr eingeschränkt sind, da die Vorgaben grösstenteils vom Kanton diktiert werden. Der Spielraum der Gemeinden ist vor allem im finanziellen Bereich sehr gering. Auch muss die vorgeschlagene Pool-Regelung für die Spezielle Förderung von den Gemeinden organisiert und finanziert werden. Und so wäre es schon wichtig, dass man beispielsweise bereits bei der Gesetzgebung durch den Landrat vermehrt für eine Stärkung der Gemeindeautonomie schauen würde. An dieser Stelle dankt er nochmals allen Beteiligten für die Mitwirkung bei den Abklärungen sowie Berichterstattung der GPK.

Bernhard Bonjour (SP) stellt fest, dass die SP-Fraktion den Bericht antragsgemäss zur Kenntnis nehmen wird. Die GPK hatte ursprünglich die Absicht, mit einer Lehrervertretung ein Gespräch führen zu können, was von den Verantwortlichen als Zumutung beurteilt und abgelehnt wurde. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass die GPK durchaus eine Zumutung sein darf und die GPK auf der Mitarbeiterbefragung hätte beharren müssen. Auch die von der GPK formulierten Zusatzfragen hatten zu einer weiteren Aufregung Anlass gegeben und es ist als Zumutung ausgelegt worden, doch sind diese schlussendlich zur Zufriedenheit der GPK beantwortet worden. Die vom Landrat noch nicht beschlossene Pool-Regelung für die Spezielle Förderung ist schon ein Problem, fehlen dafür doch die Ressourcen und auch die Rechte der betroffenen Schüler würden damit beschnitten. Ein weiteres grösseres Problem dürfte die Einführung des Leistungslohnes für die Lehrkräfte werden, sollte der Landrat diese beschliessen. Im Zusammenhang mit den GPK-Anregungen möchte er den frühestmöglichen Einbezug der Betroffenen im Zusammenhang mit Schulbauten erwähnen und empfehlen. Im Zusammenhang mit der AVS-Ausnahmegenehmigung sollte vom Schulrat und/oder der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission geprüft werden, ob der Verzicht auf Doppelzählungen bei der Klassenbildung im Interesse der betroffenen Schüler ist. In Liestal wird keine Statistik betreffend den schulpflichtigen Kindern geführt und trotz dem Mehraufwand ist seine Fraktion der Meinung, dass die gewünschten Zahlen gebraucht werden, wenn es beispielsweise um die Schulraumplanung für die nächsten Jahre geht.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass er sich bei der letzten Prüfung des Bereiches Betriebe durch die GPK schon etwas kritisch betreffend Sinn und Zweck solcher Abklärungen bei der Berichterstattung hier im Rat geäussert hatte. Seine diesbezügliche Meinung und Haltung hat er zwischenzeitlich revidiert, nachdem die Vorgehensweise bei den letzten Abklärungen im Bereich Bildung/Sport angepasst wurde. Die Abklärungen und Fragestellungen waren dieses Mal viel breiter abgestützt. Die speziellen und erwähnenswerten Berichtspunkte betreffend der

Pool-Regelung für die Spezielle Förderung sowie der Leistungslohn für die Lehrkräfte sind bereits vom Vorredner thematisiert worden und so ist man auf die diesbezügliche Umsetzung gespannt.

Patricia Bergamin (SVP) orientiert, dass nach langen und umfangreichen Abklärungen der GPK dem Rat nun der Kommissionsbericht doch vorgelegt werden konnte. Der Bericht ist sehr ausführlich und sie möchte auf einzelne Punkte heute nicht detailliert eingehen. Verschiedene Berichtspunkte können in einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls nochmals thematisiert werden. Ihre Fraktion stellt fest, dass der Spielraum im Bildungsbereich für die Gemeinden schon sehr klein ist. Umso mehr ist der vorliegende Bericht doch auch als Würdigung für und an unser Schulwesen zu gewichten. Ihre Fraktion wird den GPK-Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Richard Gafner (FDP) führt bezüglich der erwähnten fehlenden Schülerstatistik aus, dass eine solche Statistik bereits beim Kanton geführt wird. Es stellt sich schon die Frage, ob eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Führung einer Liestal-eigenen Statistik wirklich notwendig ist, zumal allfälliges Zahlenmaterial beim Kanton beschafft werden könnte. Die FDP-Fraktion nimmt den GPK-Bericht mit Wohlwollen und Dank zur Kenntnis.

Stadtrat Daniel Muri vergleicht unsere Volksschule mit einem grossen Passagierschiff mit 1'100 Kindern sowie 2'200 Erziehungsberechtigten mit rund 180 Matrosen, bestehend aus 164 Lehrpersonen, der Schülergänzenden Betreuung, der Schulsozialarbeit, den Schwimmlehrpersonen usw. Das Schiff kreuzt nicht immer nur in ruhigen Gewässern und wird immer wieder von der Seefahrtsbehörde, auch Kanton genannt, mit Bildungsgesetzänderungen zu Kurswechseln gezwungen. Das Schiff kann nicht in einem ruhigen Hafen anlegen und bleiben, sondern ist immer in Fahrt. Die Passagiere kommen und gehen, Matrosen verlassen das Schiff und heuern anderswo wieder an. Alles ist immer in Bewegung, was damit zu tun hat, dass Menschen auf dem Schiff sind. Das Schiff ist mit Rettungsbooten ausgestattet und diese werden für die Schwächeren und Schwächsten dann eingesetzt, wenn sie über Bord fallen und ertrinken könnten. Die Rettungsboote sind mit «Schülergänzende Betreuungsange-Boote» sinngemäss angeschrieben. Auf dem Schiff fahren die verschiedensten Liestaler-Vereine mit. Auch die Regionale Musikschule wird ebenfalls betreut und spielt täglich auf. Sogar ein Hallenbad und ein Freibad haben auf dem Schiff noch Platz und der Liestaler-Sport wird vom Führerstand aus mitkoordiniert. Bemerkenswert und herausragend dabei ist aber, dass dieses grosse Schiff mit lediglich 330 Stellenprozent an Steuerbord und 135 Stellenprozent aus dem Sekretariat gesteuert und betreut wird. Er kennt KMU-Unternehmen, in welchen es mehr Leute in den Büros gibt als auf dem Bau schaffen. Wer sich wie ich gerne auf dem Wasser aufhält und ein Schiff steuern darf, der weiss, wie schwerfällig ein Schiff auf dem Wasser reagiert. Auf dem Wasser ist ein rascher Kurswechsel oder ein schnelles bremsen nicht möglich. Erschwerend dazu kommt, dass die 2'200 erwachsenen Passagiere mit an Bord die unterschiedlichsten Ansichten haben, wie und in welche Himmelsrichtung denn die Schiffsreise mit ihren Kindern gehen soll. Klärend noch der Hinweis, dass sich nicht 80 % der Matrosen auf dem Schiff wohl fühlen, sondern bei der Frage «Arbeiten Sie gerne auf unserem Schiff?» mit 92 % der Befragten mit «trifft eher zu» oder «trifft zu» geantwortet haben. Im Namen des Stadtrates bedanke ich mich beim Kapitän Stefan Zürcher, den ersten Offizieren Jürg Derungs, Denis Reis und Monika Feller sowie den immer aufgestellten Mitarbeiterinnen im Sekretariat Frau Carmen Gysin und Frau Sabine Buser.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt vom GPK-Bericht Nr. 2019/172 einstimmig Kenntnis.

274 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Jugendparlament - Bericht Stadtrat zu Postulat «Förderung des politischen Engagements der Jugendlichen» von Anna Ott der Grünen Fraktion, Diego Stoll der SP-Fraktion, Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Daniel Spinnler der FDP-Fraktion und Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2015/171)

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Von den Postulanten ist nur noch gerade Beat Gränicher (SVP) im Amt, alle übrigen Mitunterzeichner des Vorstosses aus dem Jahre 2015 sind aus dem Einwohnerrat ausgeschieden. Die Postulanten bzw. Fraktionen möchten sich nun zur stadträtlichen Postulatsbearbeitung gemäss Vorlage Nr. 2015/171 äussern.

Beat Gränicher (SVP) erklärt als Postulant, dass man mit dem Vorstoss eine Plattform für Jugendliche schaffen wollte, damit sie nicht nur von den Lehrern alleine manipuliert werden, sondern dass sie sich eine eigene Meinung bilden können. Gemäss stadträtlichem Bericht wird dies nun so auch nicht von den Jugendlichen gewünscht. Die SVP-Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Michael Durrer (GL) führt aus, dass Stadtrat und Verwaltung in den letzten Jahren zum Teil sehr grosse Projekte angestossen haben, weshalb man teilweise wohl auch an die Grenzen betreffend der personellen Ressourcen gekommen ist. Und so versteht er es auch, dass das Postulat nicht prioritär behandelt wurde. Im vorliegenden Fall zeigt sich deutlich, dass es ungünstig ist, wenn überwiesene Vorstösse während längerer Zeit vom Stadtrat nicht beantwortet werden, ist von den ursprünglich 5 Postulanten im Jahre 2015 nur noch gerade 1 Postulant als Einwohnerrat im Amt. Das Postulat ist an der Ratssitzung vom 29. April 2015 einstimmig überwiesen worden. So ist an der damaligen Sitzung vom damaligen Postulanten und heutigen Stadtpräsidenten Daniel Spinnler festgehalten worden, dass wohl einige Ratsmitglieder im Einwohnerrat sitzen, weil bereits deren Eltern sich politisch engagiert hatten und sich ein zunehmendes Desinteresse abzeichnet, weshalb ein vermehrtes Engagement aller Generationen wichtig sei. Der Rat war sich damals über die Wichtigkeit des Vorstosses einig. Im Bericht des Stadtrates wird festgehalten, dass man eine geeignete Lösungsvariante gefunden habe, doch ist eine Umsetzung wegen fehlenden Ressourcen der Schulen nicht möglich und man deshalb das Postulat auch abschreiben solle. Er findet diese Antwort nach 5 Jahren recht enttäuschend und er habe nicht das Gefühl, dass sich der Stadtrat für eine wirklich gute Lösung eingesetzt habe. Für die Grüne Fraktion ist das Postulat nicht erfüllt und deshalb wird man die Abschreibung des Vorstosses auch ablehnen.

An dieser Stelle möchte er noch ein paar Punkte festhalten, die ihm Anna Ott als frühere Postulantin mitgeteilt und mitgegeben habe: Mit dem Postulat wurde nie verlangt, dass alle Jugendlichen einbezogen werden müssen und dies in den Schulen passieren soll, wie dies vom Stadtrat dargestellt wird. Dies wäre ja wohl im Schulfach «Politik» möglich, welches es auf der Primarstufe nicht gibt und auf der Sekundarstufe haben die Gemeinden gar nichts zu melden. Mit dem Vorstoss wurde eine Plattform vorgeschlagen, bei welcher sich die interessierten Jugendlichen hätten beteiligen können. Auch verstehe sie nicht, dass sich der Stadtrat nicht mit anderen Gemeinden ausgetauscht habe, welche bereits über ein Jugendparlament verfügen. Zudem gibt es auch einen Dachverband «Schweizer Jugendparlament», welcher unter anderem auch Gemeinden beim Aufbau eines Jugendparlamentes berätet und unterstützt.

Es gibt verschiedene Formen, welche bereits erfolgreich umgesetzt wurden und er sehe keinen Grund, weshalb dies in Liestal nicht auch möglich sein sollte. Wenn der Rat nach wie vor von der Wichtigkeit des politischen Engagements von Jugendlichen überzeugt ist, muss dieser heute die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat beschliessen, damit vom Stadtrat doch noch andere Varianten geprüft werden. Eine Mitwirkung der SBK-Kommission in einem späteren Zeitpunkt würde gegebenenfalls auch Sinn machen.

Andreas Salathe (CVP/EVP/GLP) meint, dass vom Stadtrat ein gut ausgearbeiteter Bericht mit guten Lösungsvorschlägen vorgelegt wurde. Verschiedene Varianten wurden geprüft und mit der vorgeschlagenen Lösung doch alle Jugendlichen abgeholt werden könnten. Auch hat man Verständnis für die Schulleitung, welche keine Möglichkeit sieht, das vorgeschlagene Konzept im überfüllten Stundenplan unterbringen zu können. Gemäss Schülerrat ist auch kein Interesse an der Weiterverfolgung der Idee vorhanden. Die Mittefraktion wird den Stadtratsanträgen zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) äussert, dass seine Fraktion ebenfalls Mühe mit der langen Dauer für die Postulatsbeantwortung hat, doch ist von der Arbeitsgruppe sehr gute Arbeit geleistet worden. Die Analyse und der Vorschlag überzeugen, doch hat man Mühe mit der Reaktion der Sekundarschulleitung. Die Begründung der ablehnenden Haltung ist schwach, hat doch die Sekundarschule den Auftrag für Staatskunde-Unterricht und auch betreffend dem angeblichen überfüllten Stundenplan gäbe es sicher andere Lösungen. Auch enttäuscht es ihn, dass sich der Stadtrat nicht mit Nachdruck für eine Meinungsänderung bei der Sekundarschule bemüht hatte. Seine Fraktion ist gespalten betreffend dem Abschreibungsantrag. Für eine Abschreibung des Postulates kann mit der langen Dauer für die Postulatsbeantwortung sowie fehlenden Handhabe bei der Sekundarschule für eine Konzeptumsetzung argumentiert werden. Bei einer Postulatsabschreibung würde es hingegen Raum für neue Vorstösse zum gleichen Thema geben und es wäre wohl auch ein schlechtes Zeichen gegenüber denjenigen Jugendlichen, welche sich für die Politik interessieren.

Beat Gränicher (SVP) versteht die Anliegen der beiden Vorredner und war als Postulant natürlich auch enttäuscht, als er lesen musste, dass man für die Umsetzung des Vorschlages keinen Platz mehr im Stundenplan finde. Nach einer Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat würden wohl weitere Jahre verstreichen, bis man zum Postulat aus dem Jahre 2015 wieder etwas hört.

Reto Pusterla (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sehe das Hauptproblem schon auch darin, dass die Stadt keinen Einfluss auf den Stundenplan der Sekundarschule nehmen kann. Im Zusammenhang mit der gewünschten breiteren Abstützung der politischen Bildung kann zudem auch niemand zum Glück gezwungen werden. Seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zustimmen.

Michael Durrer (GL) weist mit Nachdruck darauf hin, dass das Wort «Schule» mit keinem Wort im Postulat erwähnt ist. Von den Postulanten wurden einige andere Beispiele und Lösungsvarianten im Vorstoss aufgeführt, bei welchen man nicht auf den guten Willen der Sekundarschule angewiesen wäre, damit diese umgesetzt werden könnten. Gemäss Geschäftsreglement ist zudem ein Vorstoss innert einem halben Jahr zu beantworten und es wird wohl nicht wieder Jahre dauern, bis dem Einwohnerrat ein zweiter Bericht vom Stadtrat vorgelegt würde.

Stadträtin Regula Nebiker bemerkt, dass ausgerechnet das Jugendpolitik-Postulat so lange nicht beantwortet wurde, dürfte ein Teil der Ironie in sich selber sein, was nicht wegdiskutierbar ist. Vielleicht hätte man in der heutigen Beratung mehr auf den Inhalt des stadtträtlichen Berichtes eingehen müssen. Es ist ja nicht so, dass in den Schulen keine Staatskunde unterrichtet wird oder eine Demokratieschulung stattfindet. Die Prüfung des Postulates ist durch eine Arbeitsgruppe der Jugendkommission passiert, welche genau diejenigen Punkte geprüft und abgearbeitet hat, welche von Postulantin Anna Ott erwähnt wurden. Die skizzierte Idee «Jugendsession Liestal» der Jugendkommission ist vor einem Jahr entstanden und diese ist mit der Sekundarschulleitung mehrfach diskutiert worden. Die Idee ist von der Schulleitung als sehr gut befunden worden, doch kann diese jetzt im Moment einfach nicht so im Stundenplan umgesetzt werden. Der Schülerrat wird aktuell neu lanciert und diesem möchte man nicht dreinfunkeln. Es ist die Absicht des Stadtrates und der Jugendkommission, das Erarbeitete in einem geeigneten Zeitpunkt wieder zu thematisieren und weiter zu verfolgen. Es wäre aber wünschenswert, wenn der Stadtrat heute vom Einwohnerrat erfahren könnte, ob dieser den Lösungsvorschlag auch unterstützt oder nicht. Sie macht dem Rat beliebt, das Postulat

abzuschreiben, damit gegebenenfalls wieder ein neuer Vorstoss zu demselben Thema eingereicht werden könnte.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass im letzten Satz auf der ersten Seite des stadträtlichen Berichtes steht, dass der Schülerrat kein Interesse bekundet hatte und der Stadtrat deshalb davon absehe, das Projekt weiter zu verfolgen. Diese Formulierung ist natürlich ungünstig, denn seine Fraktion ist folglich davon ausgegangen, dass das Projekt gestorben ist.

Peter Küng (SP) dankt für die stadträtliche Präzisierung, denn die SP-Fraktion ist ebenfalls davon ausgegangen, dass der Stadtrat das Projekt nicht weiterverfolgen möchte. Er war nun doch auch erfreut über die heutige Information des Stadtrates, dass dieser das Projekt trotz Abschreibung des Postulates weiterverfolgen wird.

Pascale Meschberger (SP) legt dar, dass mit dieser Aussage und heutigen stadträtlichen Zusicherungen doch genau ein Argument dafür geliefert wurde, weshalb man das Postulat an der heutigen Sitzung noch nicht abschreiben sollte.

Stadträtin Regula Nebiker bedauert es, dass mit der Postulatsbeantwortung die stadträtliche Absicht und Botschaft falsch rübergekommen ist. Wenn der Rat die Idee «Jugendsession» unterstützt, so kann doch heute auch das Postulat abgeschrieben werden und alsdann vom Stadtrat sowie der Jugendkommission das Nötige veranlasst werden.

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Stadtrat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2015/171a.

://: Das Postulat Nr. 2015/171 wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

275 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bödenversiegelung - Motion «Gegen Versiegelung und Geröllhalden in unseren Gärten» von Stefan Fraefel, Vreni Wunderlin und Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2019/167)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 18. November 2019

Motion

Gegen Versiegelung und Geröllhalden in unseren Gärten

Der Klimawandel ist eine Tatsache. Einerseits muss man ihn minimieren, andererseits aber sich auch mit den Auswirkungen arrangieren. Als Folge des Klimawandels wird es immer heisser. Städte heizen sich aufgrund versiegelter Böden und wenig Vegetation mehr auf als die «natürliche» Umgebung. Zur Unzeit kommt da der zunehmende Trend, Gärten vegetationslos oder vegetationsarm zu gestalten, namentlich durch den Einsatz von unterschiedlichen Steinen als einzigem Gestaltungselement (Steinbeete oder Steingärten). Befürworter sehen in dieser Schlichtheit die ästhetische Eleganz, Gegner nur eine Geröllhalde. Unzweifelhaft heizen solche Gärten die Umgebung auf und bieten der heimischen Flora und Fauna keine geeigneten Bedingungen.

Gemäss § 2 RBG können Gemeinden eigene Bauvorschriften im Rahmen des RBG aufstellen, die Stadt Liestal hat davon u.a. in Art. 36 f. des Zonenreglements Siedlung Gebrauch gemacht. Wir fordern: Versiegelungen sind auf das notwendige Minimum zu beschränken, unversiegelte vegetationsarme oder vegetationslose Gebiete zu untersagen. Dieser kleine Eingriff in die Eigentumsfreiheit von Grundbesitzern erscheint im Sinne des klimatischen Wohlbefindens aller Liestaler – und insbesondere der betroffenen Grundeigentümer selbst – für vertretbar

Wir ersuchen den Stadtrat um Ausarbeitung einer entsprechenden Reglements Vorlage / Teilrevisionsvorlage, damit

- die Versiegelung der Böden in der Umgebung eines Gebäudes auf das (durch Reglement zu definierende) notwendige Minimum, namentlich Gewährleistung behindertengerechter und sicherer Zugangswege, beschränkt wird;*
- die vegetationslose oder vegetationsarme Umgebungsgestaltung, namentlich durch Steinbeete/Steingärten, untersagt wird oder auf einen zu definierenden, verhältnismässig kleinen Teil der Umgebungsfläche beschränkt wird.*
- umgekehrt eine standortgerechte Begrünung nicht bebauter resp. nicht versiegelter Umgebung eines Gebäudes verbindlich vorgeschrieben wird, vorzugsweise mit einheimischer, den klimatischen Bedingungen angepasster Vegetation;*
- Ausnahmen für ökologisch wertvolle Brachflächen, vorübergehend vegetationslose Pflanzbeete, Kiesplätze (wenn für Befahrbarkeit notwendig) etc. möglich bleiben*
- nicht obgenannten Bestimmungen entsprechende, bereits bestehende Umgebungsgestaltungen in den bestehenden Ausmassen beibehalten werden dürfen, entweder für eine bestimmte Anzahl Jahre oder bis zur Neugestaltung der Umgebung (Bestandesgarantie)*

Herzlichen Dank.

Stefan Fraefel
CVP

Vreni Wunderlin
GLP

Susi Tommen
EVP

Michael Durrer
Grüne

Pascale Meschberger
SP

Ratspräsident Werner Fischer (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass mit der Motion ein Thema im Zusammenhang mit der Klimaveränderung und unserem Lebensraum aufgenommen wurde, welches doch viele beschäftigt. Thematisch ist der Vorstoss nicht ganz klar, wird doch die zunehmende Hitze in den Städten und auch die Geröllhalden in den Gärten der Einfamilienhausquartiere behandelt. Das Thema müsste gesamthaft und umfassend behandelt werden und dafür dürfte eine Motion wohl nicht das richtige Instrument sein, weshalb der Stadtrat den Vorstoss als Postulat übernehmen möchte. Mit der Motion wird ja eine Teilrevision des Zonenreglementes angestrebt. Das gültige Zonenreglement ist 2010 genehmigt worden und muss alle 15 Jahre revidiert werden. Bei der nächsten Revision könnte man unter anderem auch das Thema gemäss Vorstoss Nr. 2019/167 mitberücksichtigt werden. Die von den Motionären verlangte Reglementsform mit den aufgelisteten Bestimmungen wird vom Stadtrat als wenig sinnvoll betrachtet. Die Handlungsfelder sind ja die stadt-eigenen und von den Betrieben unterhaltenen Grünflächen sowie die Quartierpläne, bei welchen immer ein Umgebungsplan verlangt wird. Bei den Baugesuchen fehlt hingegen die Rechtsgrundlage für das Einverlangen eines Umgebungsplanes.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) äussert als Motionär, dass er und auch die Mitmotionäre die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat ablehnen, da die Motion das einzig richtige Instrument ist. Genau mit dem geforderten Reglement würde ja der Mangel der fehlenden Rechtsgrundlage behoben. Die gesetzlichen Voraussetzungen können ja geschaffen werden, indem man ein bestehendes Reglement revidiert und ergänzt oder aber ein neues Reglement schaffen würde. So sind bereits im gültigen Zonenreglement Siedlung diverse Vorschriften betreffend der Versiegelung und Umgebungsgestaltung enthalten, weshalb diese nur noch entsprechend angepasst und/oder ergänzt werden müssten. Mit der Überweisung der Motion hätte dann der Stadtrat die Reglementsbestimmungen vorzubereiten und dann dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten. Die Motion ist formell der richtige Weg und ein Postulat wäre lediglich eine Arbeitsbeschaffung. Er persönlich findet ja gewisse Steingärten ästhetisch auch schön, doch leider heizen Steingärten das Mikroklima auf und sind für die einheimische Fauna und Flora schädlich. Und wir alle haben ja schon die Erfahrung gemacht, dass wir uns in Hitzetagen wohl lieber im Grünen und im Wald aufhalten, als auf Beton- und Teerflächen. Auch vom Stadtrat nach der Überweisung des Vorstosses hinsichtlich der rechtlichen Einschränkungen immer noch abgeklärt werden, ob ein kommunaler Erlass gemäss § 2 Raumplanungs- und Baugesetz zur Umsetzung der Motion möglich ist oder nicht.

Susi Thommen (CVP/EVP/GLP) findet als Mitmotionärin, dass die Steingärten schon beschäftigen und ein Thema sind, weshalb sich die Ratsmitglieder um entsprechende Unterstützung bittet.

Michael Durrer (GL) ergänzt als Mitverfasser des Vorstosses, dass dieser so formuliert wurde, dass der Stadtrat doch genügend Handlungsspielraum im Zusammenhang mit der Umsetzung der Motionsforderungen erhält.

Pascale Meschberger (SP) meint als Motionärin, dass in anderen Gemeinden und Städten wie beispielsweise in Olten bereits schon Vorstösse zu diesem Thema eingereicht wurden. Und mit der Überweisung sowie Umsetzung der Motion würde man in Liestal doch einen kleinen Beitrag zu Gunsten des Klimawandels leisten.

Daniela Reichenstein (FDP) äussert als FDP-Fraktionssprecherin, dass der Klimawandel unbestritten eine Realität ist. Es ist richtig und wichtig, dass sich auch die Politik mit tauglichen Massnahmen auseinandersetzt. Mit dem vorliegenden Vorstoss wird ein reglementarisches Verbot von Steingärten von Steingärten gefordert und es soll zudem noch vorgeschrieben werden, wie und mit welcher Bepflanzung die Gärten sowie Umgebung zu gestalten sind. Sie frage sich schon ernsthaft, welches Verständnis wir hier im Saal von der Politik haben. Verbote aussprechen hat nichts mit Politik zu tun. Wenn wir mit generellen Verboten operieren, welche

gar noch in das Privat- und Eigentumsrecht der Bürger eingreifen, würden dies defacto gar entmündigt. Entgegen der Meinung und Aussage der Motionäre ist ihre Fraktion der Meinung, dass solche Eingriffe in die Eigentumsfreiheit von Grundbesitzern absolut nicht vertretbar sind. Sie wollte sich selbst ein Bild über das schiere Ausmass der angeblichen Geröllhalden in Liestal machen und konnte bei einem Geoview-Flug über Liestal feststellen, dass man mit äusserst wenigen Ausnahmen in den Gärten von Liestal kaum Steingärten oder Geröllhalden feststellen kann. Die Forderung der Motionäre bzw. Kontrolle im Zusammenhang mit dem Gebrauch von einheimischer Vegetation dürfte für den «Garten-Polizist» auch nicht einfach werden, gehören doch beispielsweise Tomaten-Stöcke auch nicht in diese Kategorie. Auch der Einwohnerrat soll sich für taugliche und nachhaltig Massnahmen zum Klimaschutz einsetzen, doch ist vom Einwohnerrat bereits das Energieleitbild zur Kenntnis genommen worden, im Entwicklungsplan 2020-2024 ist als strategisches Handlungsfeld die Begrünung von Liestal definiert und es sind weitere Vorstösse im Zusammenhang mit dem Klimaschutz bereits überwiesen worden, welche noch zu bearbeiten sind. Auch wenn Wahlkampf ist, müssen wir dort handeln, wo auch Handlungsbedarf besteht und dieser ist im vorliegenden Fall sicher nicht vorhanden. Ihre Fraktion wird den Vorstoss weder als Motion noch als Postulat an den Stadtrat überweisen.

Hanspeter Meyer (SVP) findet, dass es natürlich schon eine Ansichtssache ist, ob man nun an einem Steingarten Gefallen findet oder ob man diese Umgebungsgestaltung als Geröllhalde empfindet. Auch seine Fraktion wollte bereits im Frühjahr einen Vorstoss mit ähnlicher Stossrichtung einreichen, hatte aber schlussendlich davon abgesehen, da man solche einschneidenden Eingriffe ins Privateigentum nicht befürwortet oder den Grundeigentümern gar Umgebungsgestaltungsvorschriften machen möchte. Zudem müsste für die Administration sowie Kontrolle diesbezüglicher Vorschriften ein unverhältnismässiger Aufwand betrieben werden, wozu dann wohl auch noch personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. So ist auch die Forderung der Motionäre für eine Beschränkung von Versiegelungen auf ein notwendiges Minimum eine äusserst schwammige Formulierung und Begründung. Seine Fraktion appelliert an die Vernunft und Eigenverantwortung der Grundeigentümer und befürwortet eher öffentliche Kampagnen als reglementarische Vorschriften. Die SVP-Fraktion spricht sich ebenfalls gegen eine Überweisung eines solchen Vorstosses an den Stadtrat aus.

Natalie Oberholzer (GL) unterstützt die Motion grundsätzlich, findet aber als Biologin die Formulierungen im Zusammenhang mit Klimawandel und Klimaschutz etwas unglücklich, denn die Forderungen der Motionäre in dieser Hinsicht wären doch nur ein Tropfen auf dem heissen Stein. Im Vorstoss kommt leider die Bioversitätsförderung zu wenig zum Ausdruck und diesbezüglich kann man nicht noch Jahre bis zur nächsten Zonenreglement-Revision zuwarten. Der Artenschwund ist massiv vorhanden und mit der Motionsüberweisung könnte schon ein klares Zeichen gesetzt werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, der Widerstand sei keine grosse Überraschung. Die Bevorzugung einheimischer Pflanzen sowie Vermeidung von Versiegelungen ist bereits im heute gültigen Zonenreglement umschrieben, folglich hätte die FDP-Fraktion schon bei der damaligen Genehmigung solche Bestimmungen ablehnen oder gar das Referendum ergreifen müssen, wenn man diese so rigoros ablehnt. Die Umgebungsgestaltung könnte bei der Bauabnahme einmalig kontrolliert werden, wie man dies beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Wintergarten-Beheizung tut. Nachträgliche Änderungen sind dann halt oftmals Fakt, obwohl diese illegal sind. Der Detaillierungsgrad der reglementarischen Bestimmungen kann im Rat bei Vorliegen der neuen reglementarischen Bestimmungen ja immer noch diskutiert und beschlossen werden. Das Grundeigentum der Stadt beschränkt sich grösstenteils auf Strassenflächen und es gibt nur noch wenige Flächen, bei welchen überhaupt Grünflächen geschaffen oder Bäume gepflanzt werden könnten. Es sind halt schon die Privat-Eigentümer, welche die grössten Grundeigentumsflächen besitzen und auf welchen trotz verdichteterem Bauen überhaupt noch Grünflächen geschaffen oder erhalten werden können.

Daniel Schwörer (FDP) bittet dringlichst darum, die Motion nicht an den Stadtrat zu überweisen. Denn andernfalls müsste der Stadtrat die Motionsforderungen reglementieren und sich beispielsweise Überlegungen machen, ob denn nun das Verlegen von Gartenplatten bereits einer Versiegelung gleichkommt oder nicht. Der Stadtrat hätte eine Riesenarbeit und müsste Neues erfinden, was es gar nicht gibt. Das kantonale Baugesetz regelt die Baupolizeivorschriften. Die Reglementierung der Motionsforderungen dürfte schlussendlich vom Regierungsrat gar nicht genehmigt werden, weil diese gegen die übergeordnete Gesetzesbestimmung verstossen. Die Genehmigungspraxis ist insbesondere im Baubereich in unserem Kanton relativ streng, so ist beispielsweise in Münchenstein die gewünschte Reglementierung der Mehrwertschöpfungsabgabe auch abgelehnt worden. Der Vorgehensvorschlag des Stadtrates dürfte wohl schon die richtige und gangbare Lösung sein, die im Zusammenhang mit der nächsten Zonenreglement-Revision umgesetzt werden könnte.

Thomas Eugster (FDP) votiert, dass der Vorstoss durchaus gut gemeint ist, aber nicht umsetzbar ist. Die Steingärten findet man grösstenteils in Einfamilienhaus-Quartieren am Rand des Siedlungsgebietes. Das Hauptproblem liegt aber im Stadttinnern, wo praktisch die ganzen Flächen versiegelt bzw. geteert und betoniert sind. Diese Erkenntnis und ein diesbezüglicher Handlungsbedarf ist erkannt, was vom Stadtrat im aktuellen Entwicklungsplan auch als Handlungsfeld definiert wurde. Die Umsetzung der Motion wäre mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden und würde nur einen relativ geringen Erfolg und Ertrag mit sich bringen. Eine solche Bürokratie wäre mit einem riesigen Aufwand verbunden und würde dem Klima sicher nicht die entsprechende Gegenleistung bringen. Auch würden Ungerechtigkeiten geschaffen, denn so wären ja beispielsweise bereits installierte Solaranlagen auf dem Boden ja vorschriftswidrig und müssten demontiert werden. Die Grundeigentümer sollten hinsichtlich der Umgebungsgestaltung mit Grünflächen, Bäume und einheimische Pflanzen motiviert werden und nicht mit Vorschriften und Eigentumseinschränkungen eingedeckt werden, wie dies von den Motionären gefordert wird.

Beat Gränicher (SVP) äussert, dass er doch recht Mühe mit der jetzigen Diskussion habe, denn er lasse sich bestimmt nicht vorschreiben, ob er denn auch weiterhin Auberginen und Tomaten in seinem Garten pflanzen dürfe oder nicht.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass man zuerst ausprobieren sollte, was man darf und was nicht. Denn wenn er seine Eltern damals nicht gefragt hätte, ob er in den Ausgang darf, würde er wohl heute noch zu Hause wohnen. Und so ist im Zusammenhang mit dem Beispiel von Münchenstein und Mehrwertschöpfungsabgabe nicht erwähnt worden, dass der Kanton das Reglement der Gemeinde Münchenstein abgelehnt hatte, das Bundesgericht dann aber der Gemeinde Münchenstein Recht gegeben hatte. In der Folge ist dann hauchdünn ein neues kantonales Gesetz genehmigt worden, welches dann wiederum die Inkraftsetzung des Münchener-Reglementes verunmöglichte.

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, ihn würden den Effekt der Motionsumsetzung und die tangierten Flächen schon auch interessieren. In den letzten Jahren sind zahlreiche Quartierplanungen hier diskutiert und beschlossen worden, bei welchen der Einwohnerrat hätte Einfluss nehmen können. In der ETH-Masterarbeit «Qualität für das Wohnumfeld» wird ebenfalls auf die unsichere Rechtsgrundlage in unserem Kanton bei diesem Thema hingewiesen. Auf die nötige Dauer einer Zonenreglement-Revision möchte er an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Ratspräsident Werner Fischer stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird vom Rat der Vorstoss Nr. 2019/168 nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Werner Fischer (FPD) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

Für den Einwohnerrat
Der Präsident

Werner Fischer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann